Blickpunkt Europa

Europapolitisches Magazin

Ausgabe 38 | Juni 2025



Liebe Leserin, lieber Leser,



sehr spannende Zeiten liegen bereits hinter uns und es lässt sich erahnen, dass auch die Zukunft für uns unzählige aufregende Entwicklungen bereithält.

Der anhaltende Krieg Russlands gegen die Ukraine, die Geschehnisse in Israel und Palästina, einige Entscheidungen des aktuellen amerikanischen Präsidenten Trump und seiner Regierung – all diese Themen wie auch viele andere bewegen uns immens.

In dieser Ausgabe meines Infomagazins lege ich den Fokus jedoch auf zwei andere Themen von großer Bedeutung. Zum einen geht es um die Zuwanderung: als Chance für Gesellschaft und Wirtschaft, für Deutschland und für die Europäische Union und für die Menschen, die bei uns Schutz suchen.

Ein weiteres von mir gewähltes Thema ist Gewalt gegen Frauen. Die offiziellen Statistiken belegen, dass die Zahl der gegen Frauen gerichteten Gewalttaten wieder steigt. Diese hat viele Formen: von psychischer Gewalt bis zum Mord. Laut Innenministerium gab es in Deutschland im Jahr 2023 beinahe jeden Tag einen Femizid – also Mord an einer Frau aufgrund ihres Geschlechts.

Natürlich berichte ich auch in dieser Ausgabe über einige ausgewählte Termine vor Ort in NRW. Über die Besuchergruppen werde ich aufgrund von Platzmangel erst in der nächsten Ausgabe meines Infomagazins berichten.

Ich wünsche wie immer spannende Lektüre!

Herzliche Grüße

Bigit Cipel

Zuwanderung ist weiterhin eine Chance für Europa – und für Deutschland

Zuwanderung ist und bleibt ein zentrales Thema sowohl für unsere Gesellschaft als auch für unsere Wirtschaft – und wird damit auch ein wichtiges politisches Thema bleiben. Und das nicht nur auf europäischer oder nationaler Ebene, sondern auch für Länder und Kommunen.

Dabei haben sich in den vergangenen Jahren die Rhetorik und das gesellschaftliche Klima deutlich verschärft. Menschen werden pauschal kriminalisiert, zunehmend geht es nur um Abschottung und darum, wie wir schutzsuchenden Menschen das Leben bei uns so schwierig wie möglich machen können, Stichwort Bett, Brot, Seife.

Diese einseitige und vielfach falsche Sichtweise verkennt die Bedeutung von Migration auch als Motor für unseren Wohlstand und für unsere Gesellschaft. Denn klar ist: Deutschland sieht sich demografischen Veränderungen und einem hohen Arbeitsbzw. Fachkräftemangel gegenüber.

Natürlich müssen wir auch eigenes Potential nutzen. Wir müssen besser werden, damit niemand ohne Abschluss die Schule verlässt, junge Menschen Ausbildungschancen erhalten und auch für Alleinerziehende Bedingungen schaffen, damit sie berufstätig sein können. Doch das allein deckt nicht den Bedarf, sodass der Zuwanderung weiter eine Schlüsselrolle zukommt.

Nur wenn es uns gelingt, den Arbeitskräftebedarf zu decken können wir langfristig den Wirtschaftsstandort stärken. Ohne Zuwanderung und ohne Anstrengungen für Aus- und Weiterbildung wird es uns kaum möglich sein, den Fachkräftemangel in zentralen Branchen wie Pflege, IT oder Handwerk zu beheben. Gleichzeitig profitieren Unternehmen und unser soziale Sicherungssystem von den Beiträgen der Zuwanderer.

Dies wirkt sich langfristig positiv auf den Wohlstand aller aus, weshalb meine S&D-Fraktion eine Zuwanderungspolitik verfolgt, die Arbeitsmarktbedürfnisse mit gesellschaftlichem Zusammenhalt verbindet.



Die wirtschaftlichen Vorteile geordneter Zuwanderung gilt es zu verbinden mit unserem sozialdemokratischen humanitären Selbstverständnis. Denn neben den Chancen stehen wir für das klare Bekenntnis, geflüchteten Menschen Schutz zu gewähren und sie bei der Integration in Arbeit zu unterstützen – was vielfach in den letzten Jahren gelungen ist.

Genau deshalb haben wir erst vor einem Jahr eine umfassende Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) verabschiedet. Mit dieser wollen wir gerade die Herausforderungen solidarischer zwischen den Mitgliedstaaten aufteilen. Dazu gehören auch frühe Identitäts- und Sicherheitsprüfungen, an denen ich federführend gearbeitet habe. So stellen wir sicher, dass wir frühzeitig wissen, wer in die EU einreist, und besonders vulnerable Personengruppen unmittelbar die benötigte Unterstützung erhalten.

Die Umsetzung der GEAS-Reform ist im vollen Gange und muss bis Sommer 2026 abgeschlossen werden, ab dann gelten die neuen Regeln. Das ist für viele EU-Länder, auch für Deutschland, eine große Herausforderung, der sich die neue Bundesregierung stellen muss. Dabei spielen gegenseitiges Vertrauen und auch die europäischen Agenturen eine wichtige Rolle, damit die gemeinsame Aufgabe gelingt.

Dabei geraten die Kommunen als wichtigste Akteure vor Ort zunehmend in den Fokus, denn sie tragen ganz konkret einen Großteil der Herausforderungen, hier werden politische Konzepte Wirklichkeit. Hier kommen Menschen an, suchen Wohnungen, Kita- oder Schulplätze, medizinische Versorgung und Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben. Kommunen organisieren Aufnahme, Unterbringung, Integrationsangebote und soziale Betreuung. Diese Aufgaben sind enorm – während

kommunalen Haushalte oft ausgereizt sind. So stehen Kommunen oft vor Engpässen. Bezahlbarer Wohnraum ist knapp, soziale Einrichtungen ausgelastet und Integrationsangebote stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen. Dabei tragen Kommunen maßgeblich zur sozialen Stabilität bei, denn hier entstehen Begegnungsräume. Sprachkurse, Bildungschancen und Arbeitsmarktintegration sind essenzielle Bestandteile einer funktionierenden Zuwanderungspolitik und müssen von Tag Eins mitgedacht werden.

Es steht daher außer Frage, dass es eine stärkere finanzielle und strukturelle Unterstützung der Kommunen braucht. Nur mit Rückenwind von Bund und Ländern können diese Herausforderungen gemeistert werden. Der Koalitionsvertrag lässt dabei noch Spielraum nach oben. Gleichzeitig bietet das Infrastruktur-Sondervermögen auch Möglichkeiten, die es zu nutzen gilt – für ein gutes und friedliches Zusammenleben vor Ort.

Gewalt gegen Frauen

"Männer und Frauen sind gleichberechtigt" oder "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Wichtige Zitate aus unserem Grundgesetz. Doch trotz mancher Veränderungen erleben auch 2025 Frauen immer noch (oder wieder) eine andere Realität. Gleichstellung ist nach wie vor nicht selbstverständlich und noch immer werden insbesondere Frauen und Mädchen viel zu oft Opfer von Gewalt. Umso wichtiger ist es daher, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen – immer wieder.



Gewalt gegen Frauen und Mädchen kennt eine Vielzahl von Formen, aber wird viel zu oft nicht als solche benannt oder die Verantwortung nicht bei den Tätern verortet; viel zu oft heißt es "die Frau ist selber schuld". Es gibt psychische Gewalt, wie permanente Demütigung oder Isolation vom sozialen Umfeld und wirtschaftliche Gewalt, d.h. finanzielle Abhängigkeit gerade bei Nicht-Erwerbstätigkeit oder Verweigerung von Unterhaltszahlungen. Sexualisierte Gewalt zeigt sich durch aufdringliche Blicke, Kommentare sowie durch nicht gewollte Berührungen, Nötigung bis hin zu Vergewaltigung. Aber auch erzwungene Alkohol- oder Drogeneinnahme, an den Haaren ziehen, Tritte und Schläge, oder Genitalverstümmelung sind Formen körperlicher Gewalt. Die schwerwiegendste Form ist der sogenannte Femizid, also die vorsätzliche Tötung einer Frau, weil sie eine Frau ist.

Laut Schätzungen wird allein in Deutschland fast jeden Tag eine Frau aufgrund ihres Geschlechts getötet! Die Dunkelziffer ist vermutlich höher und die Schätzungen schwanken enorm. Denn bis heute gibt es keine bundeseinheitliche Definition vom Femizid, sodass das Tatmotiv oft nicht in den Statistiken erfasst wird. Auch versuchte Femizide werden nicht erfasst. Die Statistiken zu körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt sind gleichermaßen erschreckend. Offiziell wird in Deutschland jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher und/oder sexualisierter Gewalt, etwa jede vierte Frau durch ihren aktuellen oder früheren Partner. Mädchen und Frauen mit Behinderung erleben je nach Gewaltform sogar zwei- bis dreimal (!) häufiger Gewalt.

Der Fall Gisèle Pelicot entfachte – zumindest vorübergehend – eine seit Langem dringend nötige Debatte über sexuelle Gewalt und hat deutlich gezeigt: Während über die Gefahren für Frauen und Mädchen im öffentlichen Raum oder eine vermeintliche Bedrohung durch Zuwanderung debattiert wird, wird die häufigste Form von Gewalt gegen Frauen – nämlich die aus dem engsten familiären Umfeld – viel zu selten thematisiert.

Als Europäisches Parlament haben wir uns im vergangenen Jahr mit dem Rat auf eine Richtlinie zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt geeinigt. Diese war längst überfällig, denn innerhalb der EU sind Frauen nicht gleichermaßen vor Gewalt geschützt. Die Verhandlungen mit dem Rat gestalteten sich jedoch schwierig. Zwar haben wir mit der Richtlinie EU-weite Mindeststandards und -strafen, etwa bei Genitalverstümmelung oder Cybergewalt, geschaffen. Aber: Während wir Sozialdemokrat:innen durchsetzen wollten, dass Sex ohne Einverständnis EU-weit als Vergewaltigung eingestuft wird, hatten die Mitgliedstaaten, angeführt vom damaligen deutschen FDP-Justizminister, einen Artikel zu Vergewaltigung blockiert. Somit gibt es in der EU weiterhin keine einheitliche Definition von Vergewaltigung und bleibt die Strafverfolgung ein gesetzlicher

Flickenteppich. Wir fordern, die Richtlinie zu überarbeiten und das Prinzip "Nur ja heißt ja" EU-weit zu verankern. Zudem müssen Gewalt gegen Frauen sowie Hassrede und Hassgewalt als europaweite Straftatbestände nach Art. 83 AEUV definiert werden. Dies würde u.a. die Möglichkeit bieten, Femizide EU-weit einheitlich zu definieren und zu verfolgen.

Aber vor allem müssen wir viel mehr für die Prävention tun und jedes Opfer, das wir vermeiden können, vermeiden! Wir müssen uns klarmachen, wie vielseitig Gewalt gegen Frauen ist, bewusst hinschauen und Gewalt gegen Frauen als solche benennen. Zugleich müssen wir ganz früh in der Erziehung ansetzen. Geschlechtsspezifische Gewalt fußt meist auf veralteten gesellschaftlichen Strukturen, daher müssen wir Machtstrukturen und Rollenbilder verändern. Den Grundstein dieses Wandels können insbesondere Bildung und Medien legen. Aber auch jede/r Einzelne muss seine/ihre eigenen Positionen und Rollenbilder immer wieder aufs Neue hinterfragen. Nur so können wir Veränderungen nachhaltig sichern – für eine gute gewaltfreie Zukunft unserer Kinder.

Europa erleben – der Girls' Day 2025 der SPD-Europa-Abgeordneten aus NRW



Junge Frauen werden in der Politik gebraucht! Deshalb organisiere ich seit Jahren einen Girls' Day im EU-Parlament in Brüssel, der Mädchen zwischen 16 bis 18 Jahren einen Einblick in die Arbeit einer Europaabgeordneten gibt. Im April war es wieder soweit: gemeinsam mit meinen Kollegen Jens Geier und Tobias Cremer habe ich 24 junge Frauen für drei Tage nach Brüssel eingeladen. Durch die tatkräftige Unterstützung des Heinz-Kühn-Bildungswerks hatten wir ein vielfältiges Programm: so erfuhren die Teilnehmerinnen in den drei Tagen nicht nur viel über die

Lage der Gleichstellung und die Geschichte der Frauenrechte, sondern konnten sich auch in Brüssel und im EU-Parlament zurechtfinden.

Aus verschiedenen Ecken NRWs angereist ging es ab Köln gemeinsam los, um Brüssel hautnah zu erleben. Begleitet wurden Sie durch eine fachkundige Referentin des Heinz-Kühn-Bildungswerks, mit der wir seit vielen Jahren den Girls' Day organisieren. Gleich nach Ankunft im Hotel begann das Programm. Los ging es mit einer Einführung in das Thema: #MeToo, Equal

Pay Day, Feminismus – was ist das eigentlich alles? In einer offenen Gesprächsrunde lernten sich die Teilnehmerinnen weiter kennen und setzten sich mit den Herausforderungen von Frauen in unserer Gesellschaft auseinander. Denn auch wenn wir in Sachen Gleichstellung schon viel in Europa erreicht haben, liegt noch ein weiter Weg vor uns. Noch immer verdienen Frauen in Europa durchschnittlich zwölf Prozent weniger als Männer, besetzen häufiger Positionen im Niedriglohnsektor und sind weniger in Führungspositionen vertreten.

Am Nachmittag folgte eine Stadtführung durch die historische Altstadt Brüssels – mit einem besonderen Blick auf bedeutende weibliche Persönlichkeiten und feministische Spuren in der europäischen Metropole. Wer genau hinschaut, entdeckt auch in Brüssel, wie viel Frauen zur Geschichte Europas beigetragen haben – und wie oft das übersehen wird.

Den Abschluss eines erfolgreichen ersten Tags bildete das gemeinsame Abendessen der Teilnehmerinnen mit mir und meinen Kollegen Tobias Cremer und Jens Geier im Herzen des Europa-Viertels. In dieser entspannten Atmosphäre gab es unsere ersten Gespräche mit den Mädchen, die dabei bereits viele Fragen stellen konnten. Dabei ging es um unsere Arbeit im Parlament, persönliche Werdegänge und auch um die Frage, wie wir mehr junge Frauen für politische Verantwortung gewinnen können.

Am nächsten Morgen wurde es dann richtig konkret: Die Teilnehmerinnen begleiteten uns Abgeordnete in unseren parlamentarischen Alltag und konnten so einen Blick hinter die Kulissen werfen. Für meine Teilnehmerinnen ging es zunächst in eine Sitzung des Beschäftigungsausschusses, in dem ich stellvertretendes Mitglied bin. Dabei konnten sie einen Austausch mit der EU-Kommissarin Teresa Ribera, ein weiteres Beispiel für eine starke Frau in der Politik, miterleben.

Nach einer Führung durch das Parlament bekamen die Mädchen beim Speeddating mit uns Abgeordneten direkte Antworten auf ihre Fragen. Wie entstehen europäische Gesetze? Was kann Europa gegen Diskriminierung tun? Und wie ist das eigentlich, als Frau in der Politik zu arbeiten? Umgekehrt war es mir besonders wichtig, zu hören, welche Erfahrungen die Teilnehmerinnen in Bezug auf Gleichstellung bisher gemacht haben und welche Themen sie im Alltag beschäftigen. Antworten auf einige der Fragen sind in Videoform auf meinen sozialen Plattformen unter dem Titel "Was euch bewegt" zu finden.

Zur Stärkung nach dem Besuch im Parlament gab es echte belgische Pommes. Am Nachmittag tauchten die Teilnehmerinnen dann im "Haus der Europäischen Geschichte" noch tiefer in die Entwicklung Europas ein – mit besonderem Fokus auf die Rolle der Frauen in der europäischen Geschichte.

Der letzte Seminartag beschäftigte sich mit der Frage, ob bzw. warum wir 2025 noch feministischen Lobbyismus brauchen. Gemeinsam mit der Seminarleiterin wurde über Frauenrechte, Gleichstellung und politische Teilhabe diskutiert. Beim gemeinsamen Mittagessen klang das Seminar aus. Danach ging es gemeinsam zurück nach Köln – mit viel Gepäck im Kopf: neuen Eindrücken, persönlichen Begegnungen und einem klareren Bild davon, wie Europa funktioniert und wie wichtig es ist, dass junge Frauen darin eine Stimme haben.

Termine vor Ort in NRW



1. Mai-Kundgebung in Meschede

Seit Jahresbeginn habe ich bereits einige interessante Gespräche geführt und Veranstaltungen besucht. Dabei sind Schulbesuche für mich stets von großer Bedeutung. So folgte ich im Januar der Einladung des Walburgisgymnasium aus Menden und im Mai nahm ich an einem Projekttag "Vielfalt in Europa" der Bodelschwingh-Schule aus Soest teil. Beide Termine waren sehr gut vorbereitet und durch die Fragen und Vorträge der sehr interessierten und engagierten Schülerschaft zu ganz besonderen Begegnungen geworden. Sehr gefreut habe ich mich

über die Gründung der Arbeitsgemeinschaft "SPD-Frauen Arnsberg" im April. Die Gruppe ist mit viel Elan und vielfältigen Aktivitäten gestartet – Demo gegen Rechts, Stadtradeln, Veranstaltung zu Migration und Integration oder zum Thema Gewalt gegen Frauen. Weitere Aktionen und Veranstaltungen sind geplant, die ich auch selbst gerne begleite und unterstütze. Im April stand wieder das Ehrenamtsfrühstück in Neuenrade an. Die Teilnahme an Maikundgebungen der Gewerkschaften ist für mich selbstverständlich – in diesem Jahr in Meschede.

Impressum

Verantwortlich: Birgit Sippel MdEP · Ulricherstraße 27 · 59494 Soest Telefon: 02921 599 1750 · europa@birgit-sippel.de · www.birgitsippel.de www.facebook.com/BirgitSippel · www.twitter.com/BirgitSippelMEP

Redaktion: Birgit Sippel MdEP/S&D-Fraktion im EP

Satz: ensemble» design, Soest

Fotos: Birgit Sippel MdEP · © Europa-SPD 2025 · © Chantal Schrader © ABCreative − adobeStock.com · © VRD − adobeStock.com

